

Kommentierung des Kapitels 3

Alltagsleben, Ausdrucksformen und Handlungsräume Jugendlicher

Das Kapitel des Jugendbericht zeigt verschiedene Dimensionen des „Jugendlich seins“ auf und beschreibt die Lebenssituation von Jugendlichen. Dabei wird deutlich, dass es nicht „die Jugend“ gibt und das junge Menschen vor unterschiedlichen Herausforderungen stehen, die stark von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aber auch der persönlichen Situation abhängig sind.

Doch was braucht es, angesichts der Befunde des Kapitels, um wirklich allen Jugendlichen eine gute, unbeschwerte und chancenreiche „Jugend zu ermöglichen“?

Dazu verlasse ich die Gliederung des Kapitels und greife statt dessen 5 Themenfelder heraus, die sich wie ein roter Faden durch das Kapitel ziehen und immer wieder von der Jugendberichtsmission benannt werden.

Soziale Benachteiligung, Bildung und Migrationsgeschichte

Die Berichtskommission verweist in den Kapitel mehrfach auf den Zusammenhang zwischen Bildungsniveau des Elternhauses, der sozioökonomischen Situation der Familie und den Bildungschancen der Jugendlichen. Zugleich wird deutlich, dass Familien mit Migrationshintergrund überproportional häufig aus niedrigeren Bildungsniveaus kommen und eine schlechtere sozioökonomischen Situation haben.

Außerdem macht der Jugendbericht deutlich, dass „Beziehungen zu Gleichaltrigen [...] aufgrund der sozial selektiven Verteilung der Schüler und Schülerinnen auf unterschiedliche Schulformen von einer sozialen Homogenität gekennzeichnet sind“ (S. 208) und zugleich „Peers [...] sowohl für die initiale Einbindung als auch für den Verbleib in oder das Ausscheiden aus formalisierten außerschulischen Gruppen, etwa im Rahmen von Vereinen oder Verbänden, von zentraler Bedeutung“ (S. 209) sind.

Für junge Menschen bedeutet dies im Klartext: Sie kommen sowohl in der Schule als auch in der Freizeit kaum mit Jugendlichen aus anderen sozialen Niveaus in Kontakt. Freundeskreise ergeben sich aus dem schulischen Kontext und diese sind maßgeblich für die Freizeitgestaltung.

Der Jugendbericht stellt sogar fest, dass „Insbesondere für Jugendliche in sozialen und ökonomischen Risikolagen und/oder bestimmte Gruppen migrantischer Jugendlicher [...] zumeist die Schulklasse die einzige formalisierte Gruppe [ist], in die sie eingebunden sind, so dass ihnen [...] außerschulische Möglichkeitsräume der sozialen Teilhabe und Peereinbindung mit ihren förderlichen Potentialen als erweiterte soziale Netzwerke oftmals verschlossen bleiben.“ (S. 209)

Dies verstärkt auf Dauer die soziale Spaltung der Gesellschaft und zeigt aus meiner Sicht einen dringenden politischen und gesellschaftlichen Handlungsbedarf.

Durch Ganztagschulen wird jedoch das beschriebene Phänomen weiter verstärkt. Daher ist es meines Erachtens notwendig, die außerunterrichtlichen Angebote an Schulen Schul- und Schulform übergreifend zu öffnen: Es bedarf lokaler Bildungsregionen, in denen die außerunterrichtlichen Angebote - insbesondere auch der Träger der Jugendarbeit - koordiniert und vernetzt werden, so dass sie in die Angebote aller Ganztagschulen eines Ortes eingebunden sind. Dadurch würde eine Vermischung der Schüler_innen der verschiedenen Schulen erleichtert und neue Freundschaften jenseits des Klassenkontextes erleichtert.

Ferner darf die gesellschaftliche Teilhabe von jungen Menschen nicht an den fehlenden finanziellen Ressourcen des Elternhauses scheitern. Öffentliche Zuschüsse für Maßnahmen der Jugendarbeit und anderer Anbieter außerschulischer Bildungsangebote müssen so hoch sein, dass die Teilhabe nicht an den Teilnahmegebühren scheitert.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit & Extremismus

Es ist wichtig, dass die Kommission darauf hinweist, dass Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit kein jugendspezifisches Problem ist, dass ausschließlich in jugendkulturellen Szenen zu verorten

wäre. Zwar kommt es auch in solchen vor, GMF ist aber in allen gesellschaftlichen Schichten und allen Altersstufen zu finden und eben kein Jugendphänomen.

Dennoch muss die Bekämpfung von GMF bei jungen Menschen eine zentrale Aufgabe von Politik und auch von Jugendhilfe und Schule sein:

Diskriminierungserfahrungen von jungen Menschen mit (familiärer) Migrationsgeschichte sind erschreckend weit verbreitet und tragen wiederum dazu bei, dass sich Freundeskreise an kulturellen Hintergründen orientieren.

Insbesondere durch den persönlichen Kontakt zu Menschen aus anderen Kulturkreisen lassen sich aber Vorurteile beseitigen.

Es ist erschreckend, dass nur ein Drittel aller befragten sowohl deutschen als auch ausländischen Heranwachsenden angibt, „einen Freund bzw. eine Freundin einer anderen Nationalität zu haben.“ (S. 210) Und das „Die überwiegende Mehrheit von 82,3% aller freundschaftlichen Verbindungen von Jungen und Mädchen mit sog. Migrationshintergrund [...] ausschließlich innerhalb des Migrationskontextes statt“ (S. 210) findet.

Hier muss Politik und Gesellschaft aktiv werden, GMF entschieden entgegen treten und eine offene Gesellschaft fördern.

Auch der hohe Anteil von junge Menschen mit einer sexuellen Orientierung, die nicht den heteronormativen Vorstellungen der Mehrheitsgesellschaft entsprechen, und die deshalb Diskriminierungserfahrungen machen, ist viel zu hoch.

Wenn nur ein Viertel der befragten Jugendlichen gleichgeschlechtliche Liebe als „Normal“ einschätzt und 44% der befragten LGBTIQ-Jugendlichen angeben, bereits Diskriminierungen aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung im Bildungs- und Ausbildungskontext erlebt zu haben, zeigt dies, dass auch etliche junge Menschen nicht frei von Vorurteilen sind.

Umso wichtiger ist der Kampf gegen Vorurteile & Diskriminierung!

Kulturelle wie auch sexuelle Vielfalt muss in Lehrplänen verankert werden und auch Fachkräfte der sozialen Arbeit und der Jugendhilfe müssen stärker qualifiziert werden, um gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenwirken zu können. Dazu gehört es sowohl, z.B. den eigenen Sprachgebrauch und das eigene Verhalten kritisch zu reflektieren, Diskriminierung z.B. durch andere Nutzer_innen in Einrichtungen entgegen zu treten und pädagogisch zu wirken, um GMF abzubauen.

Für den ländlichen Raum weist der Jugendbericht auf ein weiteres Problem hin: „wenn es vor Ort nur eine jugendkulturell geprägte Gruppe gibt und diese dann alternativlos erscheint, [stehen] Jugendliche vor der Wahl, sich entweder dieser Gruppe anzuschließen oder keinen Kontakt zu gleichaltrigen Jugendlichen vor Ort zu haben.“ (S. 258) und weiter „Insbesondere in Regionen, in denen rechte Jugendgruppen dominieren und alltagsweltlich präsent sind, entstehen gleichzeitig niedrigere Zugangshürden für Jugendliche zu diesen Gruppen.“ (S. 259) Die Folgen zeigen sich insbesondere in den östlichen Bundesländern, in denen in den letzten Jahrzehnten entweder kaum zivilgesellschaftliche Organisationen aufgebaut oder bestehende Angebote der Jugendarbeit oftmals „kaputtgespart“ wurden, spätestens seit dem Erstarken der AfD und ähnlicher Organisationen.

Neben den Aussagen zum Rechtsextremismus unter jungen Menschen und wie junge Menschen zu extremistischen Gruppierungen stehen, befasst sich der Jugendbericht auch mit religiösem Extremismus. Dazu heißt es in dem Bericht:

„Es deutet einiges darauf hin, dass radikalislamische Gruppierungen häufig eine junge Anhängerschaft haben. Salafistisch geprägte Gruppen beispielsweise dominieren die deutschsprachigen Internetseiten zum Thema Islam, bieten Jugendgruppen und -freizeiten an und verzeichnen eine nicht zu vernachlässigende Zahl an jungen Konvertitinnen und Konvertiten“ (S. 250).

Und die Berichtskommission äußert sich auch zu möglichen Ursachen: „Sozialstrukturelle Benachteiligung junger Muslime im deutschen Bildungssystem wie auch auf dem Arbeitsmarkt sind dann eher Faktoren, die Autoritarismus und Demokratiefeindlichkeit begründen“ (S. 250).

Umso dringlicher erscheint es mir, die Teilhabe aller jungen Menschen an den Angeboten der formellen und non-formalen Bildung zu verbessern, Zugangsbarrieren zu beseitigen und ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem kein Raum für Diskriminierung ist.

Politik & Partizipation

Wichtig ist aus meiner Sicht die Feststellung des Jugendberichts, dass es ein geweitetes Verständnis von politischem Interesse geben muss, dass über die Teilnahme an Wahlen oder der Mitgliedschaft in politischen Organisationen hinaus geht. Darauf weist die Berichtskommission an verschiedenen Stellen dezidiert hin.

Das politische Bildung und Beteiligung junger Menschen ein wesentlicher Bestandteil der Jugendarbeit ist, dürfte in den Fachkreisen der Jugendhilfe unstrittig sein.

Deutlich wird aber immer wieder, dass es ein „Kommunikationsproblem“ zwischen jungen Menschen und Politik gibt:

Politik wartet i.d.R. darauf, dass sich junge Menschen, bzw. deren Interessenvertretungen an sie wenden und Forderungen formulieren. Politik geht nur selten direkt auf junge Menschen zu. Dies wäre aber gerade bei jungen Menschen erforderlich, weil Politiker:innen in der erwachsenen Lebenswelt verankert sind (z.B. über Vereine) und dort eine unmittelbarere Kontaktebene besteht. Diese muss zu jungen Menschen speziell aufgebaut werden. Hier hat Politik eine besondere Verantwortung.

Jugendliche Ausdrucksformen werden von Politik nicht als politische Meinungsäußerung und Partizipation verstanden.

Beispielhaft ist hier das Ergebnis des glÜXtests zu nennen, den der Landesjugendring Niedersachsen im Vorfeld der letzten 3 Kommunalwahlen durchgeführt hat. Die schlechteste Note für die Kommunalpolitik gab es jeweils bei der Frage, wie stark sich junge Menschen durch Politiker:innen ernstgenommen fühlen - mit einer 4,0 bei der Befragung 2016 wurde ein neuer Tiefststand erreicht. Auch die Beteiligungsmöglichkeiten werden nicht viel besser beurteilt.

Es bedarf daher vor allem einer stärkeren Sensibilisierung von Politiker:innen und einer Empathie für jugendliche Lebenswelten. Jugendarbeit sollte hier als Interessenvertretung ernstgenommen werden. Jugendarbeit muss in die Lage versetzt werden, partizipative Angebote zu verstetigen und weiterzuentwickeln.

Die größere Demokratie-Skepsis und ein geringeres Interesse an Politik bei Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten muss für alle Bildungsträger - sowohl schulisch als auch außerschulisch - ein Alarmsignal sein. Hier gilt es, zielgruppenspezifische Formen der politischen Bildung und der Beteiligung zu optimieren. Hier könnte es beispielsweise sinnvoll sein, insbesondere im politischen Nahraum tätig zu werden. Dies setzt entsprechende Strukturen der Träger vor Ort voraus, an denen es insbesondere in den östlich gelegenen Bundesländern oftmals fehlt.

Digitale Medien

Aus meiner Sicht ist es sehr zu begrüßen, dass die digitalen Medien in dem Jugendbericht an den verschiedenen Stellen aufgegriffen werden und dabei in diesem Kapitel insbesondere auch die Chancen dieser Medien benannt werden. Junge Menschen sind immer „online“ - digitale Medien sind für sie eine zusätzliche Dimension des Agierens und Kommunizierens über den jeweiligen Nahraum hinaus. Sie dienen der Vernetzung und der Information.

Der Bericht verdeutlicht, dass „Eine solche „Netzwerkkompetenz“, die nicht nur im face-to-face-Kontakt, sondern auch in der für die meisten Jugendlichen alltäglichen Medienkommunikation entwickelt wird, [...] nur innerhalb der Peergroup und nicht in der Beziehung zu Eltern oder Lehrerinnen und Lehrern erworben werden [kann]“ (S. 219). Der Jugendbericht weist daher zurecht auf die Gefahr hin, wenn „ein fehlender Zugang zu digitalen Medien [...] den Aufbau einer solchen Kompetenz“ (S. 219) verhindert. Medienpädagogik sollte daher in der Jugendarbeit weiter an Bedeutung gewinnen.

Die Kommission weist darauf hin, dass „Vor allem Jugendliche aus materiell benachteiligten

Familien [...] es oft bereits im Kindesalter schwer [haben], Gleichaltrigenkontakte aufzubauen und aufrechtzuerhalten“ (S. 219). Dies gilt zum einen für Jugendliche aus Familien mit geringen finanziellen Ressourcen, zum anderen aber auch für Jugendliche in ländlichen Regionen, in denen es kein flächendeckendes schnelles Internet gibt.

Während das flächendeckende schnelle Internet bereits politisch breit diskutiert wird; ist das „Mobile Device“ als Grundausstattung für alle junge Menschen noch keine Forderung in den Wahlprogrammen der Parteien - und auch in vielen Einrichtungen und Angeboten der Jugendhilfe werden die gar nicht mehr so neuen Medien leider vor allem unter dem „Risiko-Blickwinkel“ diskutiert.

Neben der Kommunikation mit Gleichaltrigen verweist der Jugendbericht auch darauf, dass „internetbezogene Praktiken aktiven politischen Handelns, wie E-Petitionen, Protestmailaktionen, Online-Diskussionen oder Blog- und Videoproduktionen mit politischem Bezug durchaus Aktivitätsformen darstellen, die von Jugendlichen aktiv genutzt werden“ (S. 240)

Und: als „Ergänzung zu nicht-institutionalisierten öffentlichen Räumen bieten ihnen Online-Räume (gesellige) Möglichkeitsräume der Selbstinszenierung, der Verselbständigung, des Ausprobierens wie auch der Grenzüberschreitung“ (S. 254).

Diese digitalen Räume brauchen junge Menschen - sie brauchen sie als Kommunikations- und Informationsräume, die von Schule und Jugendhilfe auch pädagogisch genutzt werden sollten; sie brauchen sie aber auch als Freiräume.

Womit ich bereits bei meinem nächsten - und letzten - Punkt wäre:

Freiräume & Engagement

Der Jugendbericht macht die Bedeutung von „Freiräumen“, die sich junge Menschen aneignen können und die verschiedenen Dimensionen der Raumnutzung deutlich. Der Bericht weist aber auch darauf hin, dass insbesondere zeitliche Freiräume geringer geworden sind.

So zeigt die Berichtskommission auf, dass „von einer ‚Scholarisierung der Familienbeziehungen‘ ausgegangen werden, wenn die Vorbereitung auf Referate, Testate und Prüfungen immer mehr auch die gemeinsame Familienzeit in Anspruch nehmen“ (S. 204) - und dafür dann zwangsläufig andere Themen und Aktivitäten zurückstehen müssen.

Auch für ehrenamtliches Engagement bleibt weniger Zeit: „Die Erhebungen verweisen insbesondere auf einen Rückgang bei Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sowie Studierenden, der von den Autoren mit dem Faktor fehlender verfügbarer Zeit infolge bildungspolitischer Entscheidungen etwa zu G8 oder neuen Studienstrukturen begründet wird“ (S. 237) - dennoch ist mehr als ein Drittel aller junger Menschen konstant ehrenamtlich aktiv.

Da diese Aspekte an anderer Stelle des Kinder- und Jugendberichts detaillierter erörtert werden und folglich in den anderen Foren diskutiert werden, möchte ich auf diese Aspekte nicht weiter eingehen.

Es bleibt meines Erachtens aber festzuhalten, dass junge Menschen unverzweckte Freizeit brauchen, die sie nach eigenen Vorstellungen gestalten können. Dafür bedarf es Zeit, Orte und Ressourcen - und Politik und Gesellschaft sind in der Verantwortung diese Freiräume zu schaffen bzw. zu erhalten und „Jugend zu ermöglichen“.